



Armin Jähne (MLS)

## Die USA und die „linken Regimes“ in Mittel- und Südamerika

Rezension zu: Елена Д. Строганова, США и левые режимы Латинской Америки. Вторая половина XX – начало XXI в., Москва 2017

Veröffentlicht: 09.03.2019

**Suchwörter:** USA – Lateinamerika, lateinamerikanische „linke Regimes“, Hugo Chávez, Nikolas Maduro, Juan Guaidó, Allende, Lester D. Langley, kubanische Revolution, Bolivien, Brasilien, Chile, Ekuador, Nikaragua, Venezuela, Rohstoffe: Öl, Gas, Erze, seltene Erden, amerikanischer „Hinterhof“, Chávez' „dritter Weg“.

Jetzt, seit Januar 2019, ist der politische Machtkampf in Venezuela offen entbrannt. Der oppositionelle Parlamentspräsident Juan Guaidó hat sich zum Interimsstaatschef erklärt und sich – nicht verfassungskonform - gegen den amtierenden Präsidenten Nikolas Maduro gestellt. Die Installierung einer Gegenregierung als politischer Schachzug ist nicht neu. Sie ist so alt wie die Geschichte selbst. Auch die berühmt-berüchtigte Kleopatra hatte zu ihrer Zeit mit einem Gegenkönig zu kämpfen. Unterstützung fand sie dabei von keinem Geringeren als Julius Cäsar, der sich auf ihre Seite schlug. Heute sind es die USA, die folgsamen Regierungen Deutschlands, Frankreichs, Großbritanniens und Spaniens, die, ebenso wie eine Reihe lateinamerikanischer Länder, Partei für den Usurpator Guaidó ergreifen. Ihr Ziel ist es, auf dem Wege der Konfrontation Guaidó – Maduro das quasi sozialistische Regime in Venezuela zu stürzen, um das frühere liberal-kapitalistische Gesellschaftsmodell zu restaurieren, nicht zuletzt mit Hilfe reichlich fließender Dollarströme.

Kaum einer kennt oder er verdrängt die Tatsache, dass die USA, sobald sie im 18. Jahrhundert die britische Herrschaft abgeworfen hatten, unverzüglich einen harten Expansionskurs einschlugen. Er betraf sowohl die amerikanischen Ureinwohner zwischen Pennsylvania und dem Pazifik, als auch den südlichen Teil des amerikanischen Kontinents. Erinnerung sei nur an die in vielen Western verherrlichte Inbesitznahme von Texas 1845 und die mit militärischer Gewalt 1853 durchgesetzte Annexion der an Bodenschätzen reichen nördlichen Hälfte Mexikos.

Lester D. Langley unterscheidet in seiner 2010 erschienen Monographie „America and the Americas: The United States in the Western Hemisphere“ vier Epochen US-amerikanischer Amerikapolitik: 1760 bis 1860, in der sich der Charakter der Beziehungen zu den lateinamerikanischen Ländern formierte; 1870 bis 1930, in der die US-Amerikaner die Vorherrschaft auf dem amerikanischen Kontinent, einschließlich in der Karibik, übernahmen; 1930 bis Anfang 1960, in der Amerika in den Sog globaler Auseinandersetzungen und später des Kalten Krieges geriet; 1960 bis zum Beginn des 21. Jahrhunderts, in der die USA um die erfolgreiche Fortsetzung ihrer hegemonialen Interventionspolitik in Südamerika ringen und zugleich auf den zunehmenden Widerstand nach Unabhängigkeit strebender Staaten stoßen.

Eben dieser letzten Phase US-amerikanischer Südamerikapolitik ist das ausgesprochen aktuelle Buch der renommierten Spezialistin für die Geschichte Lateinamerikas Jelena D. Stroganova gewidmet: „Die USA und die linken Regimes in Lateinamerika. In der 2. Hälfte des 20. und am Beginn des 21. Jahrhunderts“. Die Verfasserin, die am Institut für Soziologie der Russischen Akademie der Wissenschaften arbeitet, untersucht darin die Wandlungen in der Politik Washingtons als Reaktion auf die gesellschaftlichen Veränderungen auf dem lateinamerikanischen Subkontinent. Auslöser war die siegreiche kubanische Revolution, die eine enorme Herausforderung für die Regierung der USA darstellte. Um zu verhindern, dass Kubas Beispiel Schule machen könnte, wurde unter John F. Kennedy das Programm „Union für den Fortschritt“ entwickelt. Mit seiner Hilfe sollte unter amerikanischer Führung die Wirtschaft in den lateinamerikanischen Ländern stimuliert und die Lebensbedingungen

dort verbessert werden. Das Vorhaben erreichte nicht das gewünschte Ziel, auch nicht die Eindämmung revolutionär-demokratischer Bewegungen in Lateinamerika. Deshalb ging man in Washington unter Präsident Lyndon B. Johnson zu einem strikteren Kurs der offenen Unterstützung autoritärer Militärregimes über. Die „Johnson Doktrin“ (1963–1969) blieb aber letztlich ebenso erfolglos wie Richard Nixons Politik der „gleichberechtigten Partnerschaft“ bei entsprechender Zurückhaltung der USA (1969–1974), Gerald Fords „Neuer Dialog“ (1974–1977), Jimmy Carters programmatische Einforderung der Menschenrechte (1977–1981) oder Ronald Reagans „Karibische Initiative“ (1981/82–1989). Allen diesen politischen und scheinbar progressiven Vorstößen ging es nur um das eine große Ziel: die ökonomischen, politischen und ideologischen Positionen der USA in Lateinamerika zu festigen und zu behaupten, die Kontrolle über die Bodenschätze (namentlich Öl) zu bewahren, die eigenen wirtschaftlichen Interessen zu schützen, den Handel und die Binnenmärkte der südlichen Nachbarn zu kontrollieren. Kurzum, der lateinamerikanische „Hinterhof“ durfte nicht aus den Augen gelassen werden, um eventuelle, jähe politische Wendungen rechtzeitig zu erkennen und darauf entsprechend zu reagieren.

An den Beispielen Kubas, Chiles, Brasiliens, Venezuelas und Boliviens analysiert Stroganova die sozialen und politischen Beweggründe, die das Aufkommen alternativer „linker Regimes“ begünstigten. Das geschieht ohne jede ideologisierende Aufgeregtheit, wie die Einschätzung des venezolanischen Gesellschaftsmodells unter Hugo Chávez zeigt. Natürlich gab dieser sozialen Prioritäten den Vorzug, vor allem dem Kampf gegen die Armut und soziale Ungerechtigkeit. Versucht wurde quasi ein dritter Weg, d.h. der Aufbau einer Gesellschaft, in der sich Kapitalismus und Sozialismus nicht grundsätzlich ausschließen, sondern das Positive beider in einen gewissen Einklang gebracht werden sollte (neoliberale Marktwirtschaft und soziale Gerechtigkeit). Dieser „neue Sozialismus“, der auf drei Säulen ruhte: der dominierenden Rolle des Staates, der Stärkung des „solidarischen“ privaten Sektors und der Schaffung einer „sozialen“ Wirtschaft auf der Basis von kleinem und mittlerem Privateigentum (u.a. durch eine Agrarreform), musste letztlich, und daran lässt Stroganova keinen Zweifel, eine Utopie bleiben. Das zu erkennen, daran kam auch Chávez nicht vorbei, so dass er nach 2004 ein radikaleres sozialistisches Gesellschaftsmodell ohne Ausbeuter und Ausgebeutete favorisierte, das sich jedoch an den Gegebenheiten des 21. Jahrhunderts zu orientieren hatte. Zu Recht wird von der Autorin klar gesagt, dass die alternativen, sich demokratisch ausrichtenden, wenigstens zu Anfang, linken Regimes in Lateinamerika nicht unbedingt in Kuba das nachahmenswerte Vorbild sahen. Im Gegenteil, sie waren bestrebt, eigene, den nationalen Bedingungen Rechnung tragende Staats- und Sozialstrukturen aufzubauen. Es waren der Kapitalismus und seine Unfähigkeit, sich zu wandeln und kardinale Gesellschaftsprobleme zu lösen, die sie in eine bestimmte Richtung drängten, sie einengten und ihnen keinen Raum zur Entfaltung boten. Was aber den ständigen Vorwurf des Populismus betrifft, mit dem die „linken Regimes“ und ihre Repräsentanten konfrontiert werden, so ist zu fragen, wie dieser Populismus eigentlich zu definieren ist, und gleichzeitig darauf zu verweisen, dass sich die Kritiker, die Gegenkräfte, einschließlich Washingtons, ebenso populistisch gebärden. Ein schönes, ein aktuelles Beispiel, so der Rezensent, stellen gegenwärtig die Gegenspieler von Nicolas Maduro dar, sein Herausforderer Juan Guaidó und der hinter ihm stehende amerikanische Präsident Donald Trump.

Es war die demokratische Volksmehrheit in einigen lateinamerikanischen Ländern, die sich, für die USA überraschend, über Wahlen für eine linksgerichtete Neuordnung der Gesellschaft im Sinne sozialer Veränderungen oder für linksorientierte Präsidenten entschied, immer in der Hoffnung auf eine Verbesserung ihrer Lebensverhältnisse (Argentinien, Brasilien, Bolivien, Ekuador, Chile, Peru, Nicaragua, Venezuela u. a.). In der Bestimmung ihres Verhältnisses zu diesen „linken Regimes“ griffen die USA zum Trick der Umetikettierung, indem sie das demokratische Element dieser Bewegungen für kommunistisch erklärten und daraus eine Gefahr für die Stabilität des lateinamerikanischen Subkontinents ableiteten. Zwar bleiben die USA, wie Stroganova betont, die Hegemonialmacht der Region, aber die Bewahrung und Durchsetzung dieser Position ist mit der Rückführung der entstandenen Situation auf den Status quo ante verbunden, d. h. einer Liquidierung der „linken Regimes“, zumindest jedoch ihrer korrektiven Kontrollierbarkeit. Für die USA gilt, keine Verschiebungen der

Machtverhältnisse und der eigenen materiellen Interessenlage zuzulassen. Zu sichern sind politische wie wirtschaftliche Abhängigkeiten der mittel- und südamerikanischen Länder vom nördlichen Hegemon, ebenso die Einflussnahme auf die Verwertung der dortigen Bodenschätze wie vorrangig Öl und Gas, aber auch Gold, Edelsteine, Erze und seltene Erden bzw. den Handel mit ihnen. Diese Gesamtheit von US-amerikanischen Interessen bildet den düsteren Hintergrund der ausgesprochen facettenreichen, willkürlichen und skrupellosen Washingtoner Mittel- und Südamerikapolitik. Sie reicht von Sanktionen, Erpressung, politischer wie ökonomischer Manipulation, der Herbeiführung von Lebensmittelkrisen, der Anzettelung von Aufständen, der Parteinahme für rechte Diktaturen, von Militärhilfe und Gewaltakten bis hin zum Präsidentenmord (Allende, Chile 1973). Ein leises Grauen erfasst jeden, der sich mit diesem Teil egoistisch-dumpfer, unheilbringender amerikanischer Außenpolitik befasst, die sich nicht nur auf Mittel- und Südamerika beschränkt und eine nicht zu übersehende Blutspur hinter sich herzieht.

Jelena D. Stroganova hat ein kluges, faktengestütztes und sehr zeitnahes Buch verfasst, das, gut lesbar, in einer unprätentiösen, klaren russischen Sprache geschrieben worden ist.

**E-Mail des Verfassers:** [suajaehne@web.de](mailto:suajaehne@web.de)